

Wahlprüfsteine der hessischen Studierendenwerke zur Landtagswahl 2023

Beantwortet von Dr. Frank Grobe, MdL

### **Teil 1 - Soziale Belange der Studentinnen und Studenten in Hessen**

1. *Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden Hochschulsozialpakt ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Hochschulen sicherstellen?*

Nachdem wir den Bereich Forschung und Lehre finanziell auf die Beine gestellt haben, können wir uns auch um die sozialen Aspekte an hessischen Hochschulen kümmern.

2. *Wie wird Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Studierendenwerke im Spannungsfeld drastischer Kostensteigerungen durch Kriegs- und Energiekrise einerseits und pandemiebedingter Nachfrage-Rückgänge andererseits sozialverträgliche Preise für die Studierenden in Wohnheimen und gastronomischen Einrichtungen gewährleisten können?*

Hessen wie Deutschland befindet sich nicht erst seit Corona und dem Ukraine-Krieg im Niedergang. Seit mehr als 20 Jahren wird zu wenig in die Zukunft unseres Landes investiert. Die Folgen sind unübersehbar und treffen alle sozialen Schichten – so auch die Studenten. Damit die Inflation eingedämmt werden kann, muss die Wirtschaft zuerst wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Dafür steht die AfD. Wenn dies umgesetzt wird, werden auch die Kosten der Studenten wieder sinken.

3. *Auf welche Weise wird eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die Studierendenwerke auf ihrem bereits begonnenen Weg hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit unterstützen, um sich zukunfts- und krisensicher aufzustellen?*

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur hat sich in den letzten Jahren nur schleppend vollzogen. Diese Entwicklung ist die Folge jahrzehntelanger, unterdurchschnittlicher Bildungsinvestitionen des Landes Hessen. Eine grundsätzliche Gegensteuerung ist daher dringend erforderlich! Wir stehen für die Standardisierung digitaler, behördlicher Vorgänge.

Den Modebegriff der „Nachhaltigkeit“ lehnen wir ab und unterstützen diesen nicht, da dieser missbraucht wird, um die gesamte Wirtschaft, Hochschule und Gesellschaft mit Bürokratiemonstern zu überziehen.

## Teil 2 - Studentisches Wohnen

1. *Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger studentischer Wohnraum zu finden ist?*

In Hessen ist in vielen Städten der Wohnungsmarkt sehr angespannt. Daher müssen zuerst die Ursachen offen angesprochen werden: Hauptursachen sind fehlender Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte, sowie die ungezügelt und gesetzeswidrige Migration. Gerade für Studenten ist es in angespannten Märkten zusehends schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wenn in Teilmärkten die Nachfrage das Angebot bei Weitem übertrifft, kann zur Lösung der preis- und mietentreibenden Übernachfrage nur die Ausweitung des Wohnungsangebotes helfen. Hierzu benötigen wir mehr bedarfsgerechten Neubau und dazu wiederum die beschleunigte Ausweisung von Bauland. Aber nicht nur Bauland ist ein begrenzender Faktor. Auch der Staat muss umgehend für Abhilfe durch beschleunigte Genehmigungen sorgen.

2. *Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit auch in Hessen mindestens zehn Prozent der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können?*

Da einheimische Studenten einem großen Wettbewerb durch auswärtige Konkurrenz um Wohnraum ausgesetzt sind, wäre es sinnvoll, wenn es zu einer Bevorzugung von Einheimischen bei der Vergabe von Wohnungen kommen könnte. Zudem muss in der Landesregierung darauf hingewirkt werden, dass von staatlicher Seite keine besseren Mieten gezahlt werden als es Studenten können. Wir können uns nicht in der Politik darüber beschweren, dass Studenten keinen Wohnraum finden, aber gleichzeitig Teil des Problems sein.

3. *Werden Sie den Studierendenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel verlässlich zur Verfügung stellen, so dass Studentinnen und Studenten bezahlbar und hochschulnah wohnen können?*

Ja.

4. *Wie werden Sie dafür sorgen, dass Neubauten im Bereich Wohnen zukünftig auch im Hinblick einer ökologisch-nachhaltigen Bauweise gefördert werden?*

Wir legen unseren Fokus auf günstigen Wohnraum für Studenten und nicht auf eine kostenintensive ökologisch-nachhaltige Bauweise. Letzteres würde nämlich zu einem geringeren Wohnbau führen.

### **Teil 3 - Studienfinanzierung**

1. *Welche Bedeutung hat das Thema BAfÖG für Ihre Partei?*

Die BAfÖG-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist der richtige Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern.

2. *Wie kann Ihre Partei in einer hessischen Landesregierung gegenüber dem Bund dazu beitragen, dass das BAfÖG seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?*

Als AfD würden wir den Kreis der Förderberechtigten auch auf Personen ausweiten, die ein Studium auch aus eigener Kraft finanzieren könnten oder deren Eltern über ein entsprechendes Einkommen verfügen. Wir fordern unter anderem, dass der Vermögensfreibetrag sich lediglich von bisher 8.200 Euro auf 8.500 Euro erhöhen soll und die Altersgrenze von 30 Jahren bestehen bleibt. Die Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge soll die Inflation berücksichtigen.

3. *Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass BAfÖG-Ämter die notwendige Sach- und Personalausstattung erhalten, die sie brauchen, um die Anträge der Studierenden schnell und zielführend bearbeiten zu können?*

Ein hoher Antragsaufwand in Form einer Vielzahl von Nachweispflichten oder schwer nachvollziehbare Berechnungen führen zu Bewilligungszeiträumen von mehreren Monaten. Dies stellt eine hohe Hürde für Anspruchsberechtigte dar. Das gesamte Antragsverfahren muss daher vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt und die Digitalisierung deutlich ausgebaut werden. Wenn der komplette Vorgang so vereinfacht und schneller abgeschlossen werden kann, braucht es nicht mehr Personal.

### **Teil 4 - Hochschulgastronomie**

1. *Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag erfüllen können?*

Hessen gibt im OECD-Vergleich zu wenig für Bildung aus. Dies betrifft dann natürlich auch den Bereich von Mensen und Cafeterien. Wenn wir als AfD-Fraktion in der Landesregierung beteiligt sind, werden wir die allgemeinen Ausgaben für die Hochschulen erhöhen. Dies würde dann auch den Mensen und Cafeterien zugutekommen, so dass diese auch den Versorgungsauftrag erfüllen könnten.

2. *Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studierendenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?*

Das Thema Bildung zählt für die AfD zu den wichtigsten. An den Hochschulen stellen die Studentenwerke hier einen bedeutenden Anteil dar. Pauschal mit irgendwelchen Zahlen um sich zu werfen, ist aber auch hier der falsche Weg. Es braucht für die Bedarfe an den Studentenwerke Erhebungen, die diese klar definieren. Danach kann man sich an die Umsetzung machen. Doch das alles muss schnell und unbürokratisch erfolgen und darf nicht in einem monate- oder jahrelangen Beschlussverfahren erfolgen.

3. *Was planen Sie, um die Studierendenwerke zu unterstützen, damit diese trotz der Preisexplosionen insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel ein ausgewogenes Speisenangebot zu sozial verträglichen Preisen sicherstellen können?*

Das Problem bei den gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreisen ist zum großen Teil hausgemacht, und zwar durch die Bundes- und Landesregierung. Kehren wir ab von der Windkraft und hin zur Kernkraft, sinken die Strompreise. Dann sinken auch wieder die Produktionspreise. Schaffen wir endlich sinnlose Abgaben auf Sprit ab, dann sinken auch die Transportkosten. Als eines der größten Industrieländer der Welt können wir es uns nicht erlauben, unsere Energiepolitik von Ideologen bestimmen zu lassen. Wir müssen hierbei vernünftig und zum Wohle der Bürger handeln. Wir werden uns hierfür einsetzen, wenn wir in der Regierungsbeteiligung sind. Und dann werden die Preise für Studenten, genau wie für alle anderen, wieder sinken.

## **Teil 5 - Beratungsleistungen**

1. *Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?*

Eine pauschale Förderung aller Beratungsangebote lehnen wir ab. Es gibt Bereiche, in denen braucht man aber auch als Student jemanden, der als Ansprechpartner Hilfestellung geben kann. Hier muss also differenziert werden, um welche Beratungsleistung es sich handelt.

2. *Wird Ihre Partei eine Zuschussregelung vorantreiben, die eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Beratungsleistungen der Studierendenwerke sicherstellt?*

Wenn es eine Zuschussregelung seitens der Landesregierung geben soll, muss diese an dem jeweiligen Bedarf ausgerichtet werden. Pauschalisierungen sind auch hier nicht angebracht.

## **Teil 6 - Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen**

1. *Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?*

Um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken, fordern wir den Ausbau des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen. Zudem setzen wir auf Hilfen und Beratung während des Studiums, z. B. durch Kreditgewährung, Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG und anderes sowie auf die flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und die erleichterte Möglichkeit zum Fernstudium. Aber auch hier darf das Ziel nicht sein, dass Kinder ganztägig betreut werden.

2. *Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?*

Indem wir die unter Punkt 1 dargelegten Forderungen zeitnah umsetzen.

## **Teil 7 - Kultur und Internationales**

1. *Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Kultur als Aufgabe von Studierendenwerken bei und wie werden sie dies aktiv (auch finanziell) unterstützen?*

Die Studierendenwerke sollten ihre begrenzten Finanzmittel insbesondere für ihre Hauptaufgaben (Studentenwohnheime, Mensen) ausgeben. Kulturelle Angebote gehören u. E. nur sehr begrenzt dazu.

2. *Im Zuge weiterer internationaler Vernetzungen der Hochschulen wird die Versorgung von internationalen Studierenden weiter an Bedeutung zunehmen. Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht dabei die Studierendenwerke spielen und wie werden Sie die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken sicherstellen? Welche Unterstützung werden die Studierendenwerke unter einer Landesregierung mit der Beteiligung Ihrer Partei erfahren?*

Das große Problem bei internationalen Studenten ist, dass diese zu großen Teilen nach ihrem Studium wieder ins Ausland abwandern. Das sehen wir gerade bei Studenten aus China sehr oft. Nun ist China aber auch der größte Wirtschaftskonkurrent. Wir sind daher klar dagegen, dass wir unsere eigene Konkurrenz weiter ausbilden. Internationale Studenten sollten nur dann

Unterstützung erfahren, wenn diese sich auch in Hessen niederlassen wollen und somit zum Wohlstand in Deutschland beitragen wollen.

### **Teil 8 - Beschäftigte der Studierendenwerke in Hessen**

1. *Wird Ihre Partei in einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt wird?*

Ja!

2. *Wie will Ihre Partei in der Tariflandschaft wirken, damit auch die Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H attraktiv und konkurrenzfähig ist?*

In Deutschland herrscht Tarifautonomie. Die Koalitionsfreiheit garantiert das Recht der Arbeitnehmer, sich in Gewerkschaften zusammenschließen und Tarifverträge abzuschließen. Die Politik muss sich hier heraushalten.

3. *Wie wollen Sie dem zunehmenden Fachkräftemangel in Hessen begegnen?*

Indem wir wieder dafür sorgen, dass weniger studieren und mehr eine Ausbildung beginnen. Gerade die berufliche Ausbildung muss gegenüber akademischer Bildung gestärkt werden. Zumal das Handwerk nach wie vor goldenen Boden hat. Zudem muss die Abwanderung der eigenen Hochqualifizierten gestoppt und die Rückkehr von zuvor ausgewanderten Bürgern in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützt werden. Fachkräftelücken sind durch Technisierung zu schließen, nicht durch den Import unqualifizierter Ausländer.